

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ulstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3668-3698. Telegramm-Adresse: Vossische, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 666. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsleit) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 25-26.

10 Pf. [Anzeige] • Nr 571

FREITAG, 4. DEZEMBER 1931

MORGEN-AUSGABE

Lex Groener kommt

Schon in der neuen Notverordnung?

Das Reichsabinett hat gestern bis in den späten Abend die Beratungen über die Finanz- und Wirtschaftsverordnung fortgeführt. Auch der heutige Tag wird ganz mit Kabinettsitzungen ausgefüllt sein. Obwohl jetzt wohl kaum noch damit gerechnet werden kann, die ganze Notverordnung in dieser Woche nach zu Ende zu beraten; wohl doch die Reichsregierung weitgehend über die eigentlichen Einzelfragen Klarheit schaffen. Dabei steht nicht mehr so sehr der Reichstag zur Debatte, da er ja bis zum 1. Juli dieses Jahres im wesentlichen im Voraus der bisherigen Gesetzgebungen verläugert worden ist, sondern es handelt sich in erster Linie jetzt darum, die Länder-Kommissionen so weit in Ordnung zu bringen, daß sie in der nächsten Zeit ohne Selbstberufung aufgelöst und vorgelegt werden können. Diesem Ziel diene auch die gestrige Besprechung mit den Länder-Finanzministern.

Inzwischen hat sich der Katalog der Maßnahmen, die die neue Notverordnung möglichsteinmal enthalten wird, noch weiter vermehrt. Reichsminister Groener hat weitere Schritte der Reichsregierung gegen den politischen Terror der radikalen Parteien angekündigt. Im Reichsinnenministerium ist in Verbindung mit den Länderministern geprüft worden, welche Möglichkeiten noch gegeben sind. Aus diesen Überlegungen hat sich der Plan herauskristallisiert, in der neuen Notverordnung eine Kontrolle über den Waffenbesitz einzuführen. Diese Kontrolle

soll durch eine Konfiszierung der Waffenbesitzer nach willkürlicher Gemacht werden.

Auch das von Groener kürzlich angekündigte „Gesetz gegen Staatsverleumdungen“ wird vielleicht Aufnahme in die Notverordnung finden. Das Gesetz soll ebenfalls eine Verurteilung und Ergreifung der Staatsverleumdungen gegen Landesverrat bringen. Ein Entwurf ist vom Reichsjustiz- und Reichsinnenministerium in gemeinsamer Arbeit festgestellt worden. Zur Zeit ist das Reichsjustizministerium mit der Prüfung der Frage beschäftigt, ob dieser Entwurf nach den Bestimmungen der Reichsverfassung durch Notverordnung betroffen werden kann.

Obwohl diese Frage also noch nicht entschieden ist, muß jetzt schon eine erste Mahnung ausgesprochen werden: Man lasse die Finger von diesem Plan! Die Gründe sind hier so ausführlich und so eindringlich dargelegt worden, daß sie zu wiederholten nicht nötig sein sollte. Das Gesetz ist überhaupt gut gemeint, aber wie so viele gut gemeinte Gesetze der letzten Zeit wird es mit seinen Strafmaß-Bestimmungen alle Wahrscheinlichkeit nach mehr Unheil anrichten als Schaden zu verhüten unternimmt. Die wertlosen Staatsverleumdungen werden ungelohnt durchzuführen und die aus sorglosem Verantwortungsgelühl geborene Kritik wird kraftlos bleiben. Deshalb in letzter Minute nochmals: Wir warnen!

Kongreß ohne Tanz

Hoover muß sich verantworten

NEW YORK, ENDE NOVEMBER

Die großen politischen Ereignisse, die sich in den letzten Monaten in Washington abspielten, haben die öffentliche Meinung Europas zu einem gewissen Grade über die Rolle gebracht, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in der Führung der Staatsgespräche zugefallen ist. Daß Hoover das internationale Schuldenkomitee in der Ferienzeit des Parlaments in Gang setzte, daß er statt der schwerfälligen Maschine des Kongresses die sogenannte „Kongresskommission“ einsetzte, eine Kommission der Vereinigten Staaten, so haben es fast allgemein vorgezogen und ein Sanktion abgerufen wurde, ist eine hohe technische Leistung. Über sie aber, nicht daß der Präsident ohne den Kongreß oder über den Kongreß hinweg Außenpolitik machen kann.

Die Befragung gewährt dem Präsidenten weitgehende Verhandlungsmöglichkeiten, so eine Autorität von solcher Unbestreitbarkeit, daß der erste Montag des Dezember, der Tag, an dem der Kongreß jedes Jahr in Washington zusammentritt, nur allzu leicht zu einem dies irae für die Regierung werden kann. Das hat Wilson erfahren müssen, als er aus Versailles zurückkehrte, ein entsetzter König. Ebenfalls Coolidge hat die Souveränität des Parlaments unterschätzt, als der Senat den Vertrag zum Beitritt in die Versäufelungen verweigert. Und — darüber kann man bei gegenwärtiger Stimmung Amerikas gar kein Zweifel herzetzen — auch Hoover wird verurteilt sein über den Kongreß gelolpert, hätte er sich mit Gewalt auf Eiderbeisgeräten als Gegenmaß für eine Rüstungsbeschränkung eingesetzt.

Am Standpunkt der inneramerikanischen Politik steht der Präsident vor dem am 7. Dezember beginnenden Kongreß in harter Position. Der Ausgang des Schuldgesprächs hat den sich bekräftigenden Anhängern der amerikanischen Autarkiemission die Waffen aus der Hand genommen, und die von Hoover verfolgte Politik des Abwartens, bis Deutschland und Frankreich miteinander gehen, entspricht der vorherrschenden Grundstimmung des Kongresses. Bei aller Sympathie für den deutschen Standpunkt sieht man für das Reich keine andere praktische Lösung, als den engeren Weg der Verhandlung mit Paris.

Was die Vereinigung des interalliierten Schuldenproblems angeht — und auch der Kongreß will dies von den Vereinigten Staaten wohl getrennt vorkommen — so liegt der demokratische Opposition nicht weniger daran, Zeit zu gewinnen, als dem Präsidenten, dessen Augen auf die Neuwahlen im nächsten Jahr gerichtet sind. Das noch sogar der rigorose Taktiker der Demokraten, Gouverneur Ritzen, plötzlich erklärt, eine Schuldenfreudigkeit könne nicht erwogen werden, ohne man sich nicht bereitwillig habe, ob der wirtschaftlichen Lage für Amerika das große Opfer löst. Das schließt sich beiden Parteien mit der Wiederberufung einer Schuldenkommission zur Reumarkierung der Zahlungsverpflichtungen der Gläubiger am besten gebiert ist, scheint unter diesen Umständen sehr wahrscheinlich. Dieser Zustand entsetzt von der peinlichen Aufgabe, mit der Wählerstimme darüber zu debattieren, auf welchen Schulden letzten Endes die Rollen des europäischen Krieges abgeladen werden.

Der Kongreß wird also, nachdem die mit der Ratifizierung des Moratoriums verbundenen große politischen Aussprüche nach über sich hinweggelassen, sich dem wirtschaftlichen Weltlage Amerikas zuwenden. Schon die Eröffnungssitzung Hoovers wird wahrscheinlich so viele Vorlagen enthalten, daß der oratorischen Bedürfnisse des Parlaments für die nächsten Monate voll Rechnung getragen wird. Das Regierungsprogramm enthält nur allem die von Hoover in den letzten Monaten ausgesprochenen Maßnahmen für die Banken, die Landwirtschaft und das öffentliche Projekt der Distrikthaupten zur Bekämpfung des Nahrungsmittels. Die Hoover'schen Vorlesungen sind großzügig, aber sie sind nicht unangenehm. Schon heute läßt sich voraussehen, daß z. B. die Antrag zur Änderung der Federal Reserve Act, der Grundlage des Bankrechts, der Regierung scharfe Angriffe einbringen wird, je habe sich von den Banken die Unterstützung zu sich ziehen zu müssen, als ob sich die Opposition über das Schicksal finden wird, wo sie den Vorber für die Volkspartei von 1932 zu erwerben hofft. Denn man muß sich darüber klar sein, daß alles, was in diesem Kongreß getroffen und beschlossen wird, die Kluft für die Präzidentenwahl abgibt. Die Budgetpolitik, besonders Hoovers Stellung zur Kriegsmarine, und die Steuermaßnahmen, die von der Regierung

Keine Erweiterung der Kleinen Entente

Erklärungen des Belgrader Außenministers in Warschau

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSCAU, 3. DEZEMBER

Der südbalkanische Außenminister Marintowitsch gab heute bei einem Presse-Empfang Erklärungen ab, die offenbar dazu bestimmt waren, übertriebene Gerüchte und Kombinationen zu widerlegen, die an seinen Warschauer Besuch geknüpft worden sind. Marintowitsch betonte, daß er hier keine neue Politik ins Werk setzen wolle. Anfolge der geographischen Entfernung zwischen Polen und Jugoslawien sei die Interessengemeinschaft dieser beiden Länder mehr allgemeiner Art. Ein Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen sei wünschenswert und möglich, doch sei darüber in seinen Warschauer Besprechungen noch nichts Entschlüssiges festgestellt worden. Von den angeblichen Wünschen Polens, der Kleine Entente beizutreten, war weder in den Erklärungen des südbalkanischen Ministers noch in den polnischen Kommentaren zu seinem Besuch auch nur andeutungsweise die Rede.

PRAG, 3. DEZEMBER

Ein in Prag anwesender Diplomat erklärt im „Prager Tagblatt“ zu Österreich über den Warschauer Besuch des jugoslawischen Außenministers Marintowitsch. Es scheint sich hier eine gewisse Freundschaftsentwicklung eingestellt zu haben. Ein landwirtschaftlicher Brief besteht bereits seit der auf Simola gefassten Balkan-Konferenz. Dilem Brief geht neben Polen und Jugoslawien auch Rumänien, Griechenland und Ungarn, gewissermaßen auch die Tschechoslowakei an. Die Vertreter dieser Staaten sollen je beiläufig demnach in Sofia zu einer Beratung zusammenkommen. Was den Transitverkehr über die Tschechoslowakei und Österreich betrifft, sei dies Sache der Fachkommissionen, die teilzu nehmen, teils neu geschaffen werden, was es allerdings seiner hochpolitischen Mission bedürfte.

Die Besprechung der Abklärung einer neuen Entente zwischen Polen und Jugoslawien werde die Beziehungen gegenüber Deutschland und den Comités wesentlich klären, entspreche einer realen Grundlage. Polen verhalte demgegenüber mit Rußland über einen Nichtangriffspakt, und gegen die wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen Deutschlands sich zu schützen, je nicht eine spezifische Notwendigkeit Polens und Jugoslawien allein.

Um einen Beitritt Polens zur Kleinen Entente hinne zu sich nicht zu benehmen. Ein Beitritt Polens zur Kleinen Entente müßte nicht zu einer großen Entente machen, sondern eine völlige Umgestaltung dieser Konstitution bedeuten würde. Eine gewisse politische Absicherung der vier Länder ergibt sich aus ihren gleichen Verhältnissen zu Frankreich und schließlich auch zu Deutschland. Die Behauptung, die Aufgabe Marintowitschs sei es, zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu vermitteln, ist nicht ernst zu nehmen, denn die Minister Bethel und Jaksch können sicherlich einen unmittelbaren Weg zueinander finden.

Henschel will stilllegen

Die Firma Henschel & Sohn A. G. Kassel, hat beim Regierungspräsidenten Stillschließungsantrag für den Glanzbetrieb zum 31. Dezember 1931 gestellt. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß die geringe Zahl der vorhandenen Aufträge ein wirtschaftliches Arbeiten zur Zeit nicht ermögliche. Das Unternehmen bleibe in Arbeitsbereitschaft und bemühe sich, eine Wiederaufnahme des Betriebes durchzuführen, sobald die Geduldswarten und sonstigen Vorarbeiten auf ein Maß gekommen seien, welches ein tragbares Verhältnis zu den erzielbaren Aufträgen ergebe.

Die Zeitung des Unternehmens gibt auf Anfrage bekannt, man hoffe im Interesse der Arbeiter- und Beamtenchaft, daß die allgemeine wirtschaftliche Entspannung doch eine baldige Wiederaufnahme des Betriebes zulasse. Erleichterungen und Reparaturen erfahren keine Unterbrechung.

Finnische Alkohol-Abstimmung

Der Präsident der Finnischen Republik hat dem Reichstag einen Besetzungsvorschlag, der eine neue Abstimmung über das heute bestehende finnische Alkoholrecht fordert. Gleichzeitig soll zur Abstimmung gestellt werden, Bier und Weine mit weniger als 12 v. H. Alkohol vom Verbot ausgenommen, während die allgemeine Prohibition bestehen bleiben soll.